

AUS DER FORSCHUNG

Johannes Meyer

State- and Nation-building in the Western Balkan Countries

Am 22. und 23. Februar diesen Jahres fand in Köln im Rahmen des EU-Projektes MIRICO (Human and Minority Rights in the Life Cycle of Ethnic Conflicts) die 4. internationale Konferenz statt, die ihren Fokus auf „State- and Nation-building in the Western Balkan Countries“ richtete.

Mit Bezug auf den West-Balkan soll das MIRICO-Projekt interdisziplinär die Rolle von Menschen- und Minderheitenrechten während und nach ethnischen Konflikten sowie beim Wiederaufbau funktionierender Staatsstrukturen untersuchen. Hierzu wurden die Kernelemente der Untersuchung in fünf Arbeitsbereiche bzw. Phasen eingeteilt, die unter Beteiligung aller Partner bearbeitet werden. Im Einzelnen sind dies „International instruments and the role of international actors“, „Yugoslavia and the resulting conflict“, „Conflict-settlements“, „Reconstruction and reconciliation phases“ sowie „EU Foreign Policy, prevention and resolution of ethnically based conflicts“. An dem, vom EURAC-Institut als Lead Partner geleiteten Projekt, beteiligen sich Universitäten sowie Menschenrechtsinstitute aus Italien, Österreich, dem Vereinigten Königreich, Slowenien, Serbien, dem Kosovo, Bosnien-Herzegowina sowie Deutschland. Ziel der 30-monatigen Untersuchung ist es, Instrumente zu erarbeiten, die ein friedliches Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen nach dem europäischen Konzept der „Unity in Diversity“ nachhaltig ermöglichen. Die Ergebnisse sollen dem zukünftigen Auftreten der EU in Konfliktregionen wie dem Balkan als Orientierungspunkte dienen und werden nach Abschluss der Arbeiten im Herbst dieses Jahres veröffentlicht¹.

Im ehemaligen Jugoslawien haben sich bereits seit Mitte der 70er Jahre zunehmend Konflikte herauskristallisiert, die zum einen menschenrechtliche Hintergründe besaßen, zum anderen auch bloße ökonomische Interessenkonflikte widerspiegeln. Auch existierte bereits weit vor Beginn der 90er Jahre eine Debatte, die sich mit der Frage eines föderalen oder zentralistischen Modells für diese Region beschäftigte. Diese Interessenkonflikte wurden jedoch alsbald nicht mehr isoliert voneinander betrachtet, sondern gerieten in eine unüberschaubare Gemengelage, der schnell eine ethnische Dimension beigemessen wurde. Ethnizität wurde instrumentalisiert und gewann zunehmend an Bedeutung. Die Ursache des Konflikts kann indes nicht allein in den unterschiedlichen Ethnien der Bevölkerung und den daraus resultierenden kulturellen sowie sozialen Unterschieden gesehen werden.

Dieser Konflikt hätte nach Auffassung der Konferenzteilnehmer durch eine frühzeitige Intervention und ein robustes Mandat unter Umständen gemildert werden können; indes sei seinerzeit ein Einschreiten mit Blick auf die internationale Staatengemeinschaft kaum

¹ Siehe hinsichtlich Abschluss und Publikation des Projekts die Internetseite des Projekts: <http://www.eurac.edu/Org/Minorities/MIRICO/index.htm>.

möglich gewesen. Hinzukomme, dass die Konflikte vor 1991 außerhalb Jugoslawiens in ihrer tatsächlichen Tragweite nicht erkannt worden seien.

17 Jahre später stelle sich nun die Frage, wie die Lage auf dem Balkan nach den kriegsgerischen Auseinandersetzungen der Zwischenzeit entspannt werden könne. Die jüngste Vergangenheit zeige, dass die demokratischen Mechanismen, wie wir sie aus weiten Teilen der europäischen Zivilgesellschaft kennen, in einer nach wie vor von Konflikten zerrütteten Region nicht ohne weiteres Platz greifen. Parteien orientierten sich oftmals entlang ethnischer Grenzen und wären zur Kooperation wenig bereit. Die in dem Bestreben, die Rechte einzelner Gruppen zu schützen, institutionalisierten Veto-Rechte hätten beispielsweise in Bosnien aufgrund enormer Interessenkonflikte eine allmähliche, schrittweise Versöhnung geradezu behindert. Insofern könne von einer effektiven Kooperation, wie man diese von Interessengruppen innerhalb einer Gemeinschaft erwarte, nicht die Rede sein.

Daher gelte es, ein Mehr an Anreizen für ein Aufeinanderzugehen zu schaffen, so dass das derzeitig prägende Modell einer ethnischen Repräsentation sich allmählich einem Modell, das dem Prinzip der Mehrheit sowie dem Primat der Menschenrechte verpflichtet sei, nähern könne. Ein solcher Prozess bedürfe aber, insbesondere in einer Region, die von langjährigen Konflikten und Mechanismen ethnischer Repräsentation geprägt sei, des gegenseitigen Vertrauens und damit naturgemäß seiner Zeit.